

Abgeordnete fordern Aufnahme minderjähriger Flüchtlinge

5. März 2020



Eine Mutter mit ihren beiden Kindern in einem Flüchtlingslager auf der griechischen Insel Lesbos (dpa/Angelos Tzortzinis)

Im Bundestag ist ein Antrag der Grünen gescheitert, 5.000 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus griechischen Lagern nach Deutschland zu holen. Er stieß unter anderem in den Regierungsfractionen auf Ablehnung. Doch einige der Abgeordneten von CDU/CSU und SPD veröffentlichten persönliche Erklärungen.

Die dramatische Lage gerade in den griechischen Hotspots könne „uns alle nicht unberührt lassen“, zitiert der Evangelische Pressedienst aus einer Erklärung, die 48 Unionsabgeordnete unterzeichnet haben. Sie plädieren für humanitäre Hilfe vor Ort und für „eine europäische Aufnahme“ von Kindern und Jugendlichen, um Griechenland zu entlasten – gegebenenfalls mit einer „Koalition der Willigen“.

Initiiert wurde die Erklärung vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Rachel, CDU. Er sagte, man habe aus christlichen Motiven ein humanitäres Signal senden wollen. Zu den Unterzeichnern zählen

Kulturstaatsministerin Grütters, der frühere Unionsfraktionschef Kauder, Ex-Gesundheitsminister Gröhe, der frühere CDU-Generalsekretär Tauber und die Rechtspolitikerin Winkelmeier-Becker.

„Gegen nationalen Alleingang“

Das Nein zum Antrag der Grünen wird in der Erklärung damit begründet, dass man einen nationalen Alleingang der Bundesrepublik in der Flüchtlingsfrage ablehne. Damit folgen die Unterzeichner der Linie von Bundesinnenminister Seehofer.

Auch viele SPD-Abgeordnete im Bundestag hatten gestern angekündigt, gegen den Antrag der Grünen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus den griechischen Lagern zu stimmen. Doch auch sie veröffentlichten persönliche Erklärungen. Es gelte jetzt, alle Anstrengungen auf eine europäische Lösung zu konzentrieren, an der nicht alle Länder teilnehmen müssten. Nur so könne Minderjährigen und besonders Schutzbedürftigen geholfen werden. Die SPD-Abgeordneten forderten Seehofer auf, sich für eine „europäische Koalition der Vernunft“ einzusetzen.

Die Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, Lindholz, zeigte sich offen für eine Aufnahme minderjähriger Flüchtlinge. Dabei brauchten nicht alle Staaten den gleichen Beitrag zu leisten, sagte die CSU-Politikerin im Dlf. Skeptisch äußerte sich Lindholz zur Initiative einiger Kommunen und Länder, die Kinder aus Flüchtlingslagern aufnehmen wollen. Das sei ein ehrenwertes Motiv, aber man dürfe kein Signal aussenden, dass Deutschland voran gehe.

Seehofer will zuerst „Ordnung an der griechisch-türkischen Grenze“

Bundesinnenminister Seehofer bekräftigte gestern, dass man über humanitäre Hilfe für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge sprechen könne, sobald an der griechisch-türkischen Grenze wieder Ordnung herrsche. Dort harren seit Tagen tausende Migranten aus, die in die EU wollen. Der türkische Präsident Erdogan hatte am vergangenen Wochenende erklärt, dass sein Land die Menschen nicht mehr aufhalten werde. Er verlangt mehr Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien.

Seehofer äußerte sich am Rande eines Treffens der EU-Innenminister in Brüssel. Diese betonten ihre Entschlossenheit, die EU-Außengrenzen wirksam zu schützen. In einer gemeinsamen Erklärung sagen sie Griechenland Hilfe zu – unter anderem durch die Entsendung von Soldaten der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex.

Militärschiff soll Migranten beherbergen

Vor der griechischen Mittelmeerinsel Lesbos hat inzwischen ein Militärschiff angelegt, auf dem vorläufig rund 500 Migranten untergebracht werden sollen. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sollen sie auf dem Schiff bleiben, bis neue Unterkünfte auf dem griechischen Festland bereitstehen.

Die Lage im Hafen der Insel ist nach Angaben von Beobachtern weiter angespannt. Einsatzkräfte gingen demnach gegen mehrere wartende Menschen und gegen Journalisten vor.